

Primat der Politik

Ziel: Demokratisch legitimierte Instanzen sollen über die Gestaltung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen entscheiden, nicht private Marktakteure.

Problem: Politik droht in der globalisierten Welt der Gegenwart ihre Durchsetzungs- und Regulierungsfähigkeit gegenüber den Märkten einzubüßen.

Handlungsempfehlungen

- 1) Vorhandene Handlungsspielräume nutzen: „wir haben mehr Möglichkeiten als wir glauben“.
 - a) Die Politik hat sich in den letzten Jahren auch ein Stück weit selbst entmachtet („ängstliche Eliten“). Wie groß Handlungsspielräume sein können, wenn der politische Wille da ist, hat die Energiewende gezeigt.
 - b) Auf kommunaler Ebene bieten sich besonders gute Bedingungen, um Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik zurückzugewinnen.
 - c) Mit nationalen Regulierungen vorangehen, wo internationaler Konsens nicht zu erreichen ist. (Vorreiterrolle, Vorbildfunktion). Internationalisierung nicht als Entschuldigung für Nichtstun benutzen.
- 2) Stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die politischen Prozesse durch Institutionen, aber auch durch die Art der Ansprache und der Kommunikation. Bürger engagieren sich immer weniger in Parteien, sind aber nicht unbedingt weniger politisch (Bsp. Stuttgart 21, NGOs, Social Entrepreneurship). Bürgerinitiativen müssen stärker in den Rahmen der institutionalisierten Politik eingebunden werden.
- 3) Schuldenbremse: Schulden bedeuten Abgabe von Souveränität und engen die Handlungsspielräume der Politik ein.

Umstritten:

Zielvorstellung: Ist der Primat der Politik überhaupt gewünscht und wenn ja, gegenüber wem?

- Primat des politischen Menschen, Vertrauen haben, Impulse aufgreifen („Bürger sind auch Kunden“) (Bernd Ulrich)
- Größerer Einfluss der demokratischen Gesellschaft, nicht Primat der Politiker (Peter Strieder)
- Aushandlungsprozesse statt Primat

Gegenwartsanalyse: Steht der Primat der Politik überhaupt infrage?

- Energiewende zeigt, dass Primat der Politik besteht (Bernd Ulrich).
- Maßnahmenkataloge der Troika (IWF, EZB, EU) in der Euro-Krise (Griechenland/Portugal) zeigen, dass das Primat der Politik derzeit nicht existiert (Klaus Barthel).